LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Wir befinden uns in einer lebhaften Debatte über die Zukunft des Sozialstaates. Diese Debatte hat die SPD mit ihrem Konzept für den Sozialstaat 2025 eröffnet. Mit unserem Sozialstaatskonzept stellen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen. Wir haben uns die Herausforderungen angeschaut, vor denen wir stehen und neue sozialdemokratische Antworten darauf formuliert. Die Grundsätze lauten Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Wir werden Hartz IV hinter uns lassen und durch ein Bürgergeld ersetzen: Es ist konsequent aus der Perspektive derjenigen konzipiert, die Unterstützung benötigen. Für alle Kinder schaffen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Wir setzen den Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit um: Wer lange Beiträge einzahlt, hat auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Lebensleistung wird abgesichert

Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung - ohne Wenn und Aber. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb ist der Vorschlag von Hubertus Heil für eine Grundrente richtig - und finanzierbar. Zweidrittel der Deutschen sehen das auch so - wir bleiben dran.

Mit einem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass niemand Angst vor den wirtschaftlichen Veränderungen haben muss. Wir sichern den Wert der Arbeit – durch eine bessere Tarifbindung und einen höheren Mindestlohn. Wir bringen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Höhe der Zeit: Mit einem Recht auf Home-Office und Nicht-erreichbarkeit und einem persönlichen Zeitkonto. So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit Martin Schulz habe ich ein spannendes Gespräch über nachhaltige Europapolitik geführt. Für ihn ist Nachhaltigkeit die „Überlebensstrategie“ für diesen Planeten. Dem kann ich mich nur anschließen! Sein Statement findet ihr hier.

Euer Michael Thews

FAMILIEN STÄRKEN

Wir wollen, dass alle Kinder in Deutschland unbeschwert aufwachsen und erfolgreich lernen können. Deshalb unterstützen wir mit dem Starke-Familien-Gesetz, das wir diese Woche in erster Lesung beraten haben, gezielt Familien mit kleinen Einkommen. Wir lassen ihnen bessere Leistungen einfacher zukommen. Dazu reformieren wir den Kinderzuschlag und die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Wir wollen den Kinderzuschlag so erhöhen, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert. Das soll in zwei Schritten geschehen: Im Juli 2019 wollen wir den Höchstbetrag für jedes Kind zunächst von bisher 170 Euro auf 185 Euro monatlich anheben. Zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld erhalten Eltern dann bis zu 408 Euro pro Monat für ein Kind.

Wir wollen, dass es sich auch für Eltern, die Kinderzuschlag bekommen, lohnt, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Wenn das Familieneinkommen steigt, wird der Kinderzuschlag kleiner. Bis es die Familie aus eigenen Kräften nur mit dem Kindergeld schafft, gut über die Runden zu kommen. Wir wollen damit die „harte Abbruchkante“ beim Kinderzuschlag abschaffen und stattdessen ein sanftes Auslaufen der Leistung erreichen. In Haushalten mit Alleinerziehenden soll in Zukunft neben Unterhaltsvorschuss- oder Unterhaltszahlungen auch Kinderzuschlag gewährt werden.

Damit Kinder nicht in verdeckter Armut aufwachsen, wollen wir den Kinderzuschlag für Familien, die mit ihrem Einkommen knapp unterhalb der SGB- II- Bedarfsgrenze liegen, öffnen. Außerdem entbürokratisieren wir das Antragsverfahren, indem der Zuschlag zukünftig für sechs Monate gewährt wird. Eltern müssen in diesem Zeitraum den Kinderzuschlag nicht neu beantragen, selbst wenn ihr Einkommen sich verändert. Wir wollen das Bildungs- und Teilhabepaket erhöhen und anpassen. Bereits zum Schuljahresbeginn 2019/2020 soll die Unterstützung für den persönlichen Schulbedarf von 100 auf 150 Euro erhöht werden. Außerdem wollen wir die Eigenanteile der Eltern für die Schülerbeförderung und das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule oder Kita abschaffen. Nachhilfe sollen Kinder zukünftig schon dann bekommen, wenn sie einen Förderbedarf haben, und nicht erst, wenn die Versetzung gefährdet ist. Das Antragsverfahren vereinfachen wir.

RUHRGEBIET BEI DER INTEGRATION VON EU-ZUGEWANDERTEN UNTERSTÜTZEN

Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU im Jahre 2007 hat zu einer verstärkten Zuwanderungsbewegung aus Südosteuropa nach Deutschland geführt. Lebten vor dem Beitritt der beiden Länder rund 110.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland, waren es Ende 2016 knapp 800.000". Aus diesem Grunde fordere ich die Entwicklung eines Konzepts durch die Bundesregierung, das betroffenen Kommunen in der Region, dauerhaft bei der Integration der im Zuge der EU2-Erweiterung Zugewanderten finanziell unterstützt. Neben gut ausgebildeten und qualifizierten Menschen, die schnell Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gefunden haben, sind auch viele Menschen, die in Rumänien und Bulgarien gesellschaftlich ausgegrenzt waren und einen niedrigen Bildungsstand vorweisen, nach Deutschland zugewandert. Die Zuwanderung und die damit verbundenen Probleme konzentrieren sich auf einige stark betroffene Regionen. Neben Berlin oder München sind besonders die Kommunen im Ruhrgebiet betroffen.

Diese Menschen haben in Deutschland große Probleme am Erwerbsleben teilzunehmen. Probleme, die bereits in den Herkunftsländern existierten, setzten sich in Bereichen wie Arbeit, Gesundheit, Wohnen und Bildung fort. Für viele ist die Erwirtschaftung eines auskömmlichen Lebensunterhaltes nicht realisierbar, sie landen in Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen und werden mit existentiellen Notlagen konfrontiert. Aus diesem Grund muss jetzt dringend die kommunale Ebene in unserer Region einbezogen werden. Neben Integrationspauschalen ist die Einrichtung eines Fonds sowie eine allgemeine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II (KdU) denkbar, um die Kommunen insgesamt finanziell zu entlasten und ihnen finanzielle Möglichkeiten für die Lösungen vor Ort zu geben. Es war ein Fehler des BAMF, die sozialpädagogisch begleiteten Integrationskurse (Spbl), die in den Pilotstädten Berlin, Dortmund, Duisburg und München erfolgreich erprobt wurden, im vergangenen Jahr einzustellen. Die Kurse sind Voraussetzung für eine Integration in Erwerbsarbeit, sie müssen fortgeführt und für weitere Gruppen und betroffene Kommunen geöffnet werden. Außerdem muss es eine europäische Lösung für die Menschen geben, die ohne Krankenversicherungsschutz im Rahmen der EU-Freizügigkeit nach Deutschland kommen.

Meiner Meinung nach ist jedoch nicht nur der Bund in der Verantwortung. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen muss ihrer Verantwortung nachkommen und sich an der Lösung der beschriebenen Probleme in den Kommunen im Ruhrgebiet aktiv beteiligen. Gerade vor dem Hintergrund der Ankündigung, das Ruhrgebiet im Zuge einer Ruhrkonferenz in das Zentrum der Politik stellen zu wollen, muss die Landesregierung einen Aktionsplan zur Unterstützung der von der Zuwanderung betroffenen Kommunen entwickeln.

ZUKUNFT DER STEINKOHLEKRAFTWERKE

Im Jahr 2038 wird Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigen. Das wird auch die betroffenen Regionen große Auswirkungen haben. In meinem Wahlkreis sind es vier Steinkohlekraftwerke. Für die Einhaltung der Klimaziele müssen alle an einem Strang ziehen und für Akzeptanz bei den Betroffenen werben.

In dieser Woche haben sich die Abgeordneten der betroffenen Regionen mit der Kanzlerin getroffen, um über die Auswirkungen zu diskutieren und die Zukunft zu gestalten. Wir haben als SPD-Fraktion die Bedeutung der Steinkohlekraftewerke-Standorte betont. Diese Regionen müssen meines Erachtens finanziell unterstützt werden um neue Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Wichtig ist nun, dass auch die CDU-FDP-geführte Landesregierung Nordrhein-Westfalens gemeinsam mit uns an einem Strang zieht und nicht nur die Braunkohlereviere berücksichtigt bei der Verteilung der Fördergelder.

Beim Gespräch mit der Kanzlerin

GEWÄSSERQUALITÄT VERBESSERN

Der Landesfischerei-Verband hatte mich zum Thema Wasserrahmenrichtlinien eingeladen. Der ökologische Zustand der Gewässer in Deutschland ist nicht immer gut. Ein Grund dafür ist insbesondere die Durchgängigkeit für Fische, die an vielen Stellen durch Querbauwerke (Schleusen und Wasserkraftwerke) gehindert werden. Abhilfe könnten hier durchgängige Fischtreppen liefern, die an vielen Stellen aber nicht oder in keinem guten Zustand vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang habe ich bereits erste Gespräche geführt und war sehr froh über die Expertise des Fischereiverbandes. Den Dialog werden wir in diesem Jahr auch in meinem Wahlkreis fortsetzen. Vielen Dank an Dirk Bergmeier für die Vermittlung des Gesprächs.

Fischtreppen steigern die Qualität unserer Gewässer.

DISKUSSION IM MARIENHOSPITAL

Zu einem Werkstattgespräch im Marienhospital Hamm habe ich gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Marienhospitals, Thomas Tiemann, alle Kliniken in meinem Wahlkreis eingeladen, um mit dem Gesundheitsexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Heidenblut, über das neue Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) zu diskutieren, das seit dem 01. Januar gilt. Er betonte dabei: „Mit der Verabschiedung Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) im Deutschen Bundestag hat die SPD-Bundestagsfraktion ihr Versprechen umgesetzt, und spürbar und zeitnah die Situation in der Pflege für Pflegekräfte, Pflegebedürftige und ihre Angehörige zu verbessern“. Das Gespräch hat mir dabei wieder deutlich gemacht, dass wir mehr Pflegefachpersonal in den Kliniken und in der Altenpflege brauchen und diejenigen zurückgewinnen müssen, die gut ausgebildet sind und der Pflege den Rücken zugewandt haben und genau dies wollen die Kliniken auch schaffen.

Zusammen mit Dirk Heidenblut und Vertreterinnen und Vertretern der Kliniken in meinem Wahlkreis

Bundesweite Schätzungen gehen davon aus, dass bisher ca. 150.000 Pflegefachkräfte ausgeschieden sind.

Das Pflegepersonalstärkungsgesetz sorgt dafür, dass mehr Personal eingestellt wird, dass Pflege besser bezahlt wird und dass sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Zukünftig wird die Personalausstattung in der Krankenhaus-Pflege verbessert. Künftig wird jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle am Bett vollständig refinanziert.

Hierfür gibt es keinen Deckel, sodass mit einer deutlichen Personalaufstockung zu rechnen ist. Außerdem werden künftig Tarifsteigerungen für das Pflegepersonal im Krankenhaus vollständig refinanziert.

Mit der Auslagerung der Pflegekosten aus den Fallpauschalen sorgen wir für eine vollständige Kostenerstattung und mehr Transparenz“, äußert sich der Gesundheitspolitiker zufrieden und gibt zu bedenken, dass es jetzt zunächst eine Übergangsphase geben muss, um die Entlastungsmechanismen zwischen Fach- und Servicepersonal ordentlich ausloten zu können.

Außerdem sind sich alle Gesprächspartner darüber einig, dass es darum geht, ein Instrument zu finden, dass Bereiche, die mehr Aufwand benötigen, zusätzliches Geld für Fachkräfte benötigen.

BÜRGERNAHE ABFALLERFASSUNG

Als stellvertretender Vorsitzender im Umweltausschuss des Bundestages nahm ich an dem Diskussionsforum „Effizienzsteigerung der bürgernahen Abfallerfassung“ an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen teil. Hintergrund war die Vorstellung des Abschlussberichtes über das abgeschlossene gemeinsame Forschungsprojekt „Find it – Use it“. Etwa drei Monate testeten ausgewählte Bottroper Bürgerinnen und Bürger in drei Versuchsgebieten Mülltonnen mit bunten Beuteln zur Mülltrennung und bestellter Abholung bei Bedarf. Dabei wurde festgestellt, dass die Verbesserung von Service, die Information und Sammelbehälter zu einem höheren Füllgrad und weniger Fehlwürfen führt. In meinem Impulsvortrag stellte ich klar fest: „Mülltrennung wird von den Verbrauchern oft in Zweifel gezogen. Die Frage nach dem ‚Warum‘ ist beantwortet, je besser wir trennen, desto besser ist die Wiederverwertung. Es steht fest, je sortenreiner Müll getrennt wird, desto besser können die Anfälle recycelt werden.“ Sortenreine Abfälle werden bereits heute viel mehr recycelt als vermischte Abfälle. Vermischte oder verschmutzte Abfälle landen häufig in der Verbrennung, werden exportiert oder gar nur deponiert. Gerade exportierte Abfälle werden häufig nicht oder nicht vorschriftsgemäß recycelt und es kommt hier zu den anfangs geschilderten schockierenden Bildern von Müllbergen. Aber auch hier gilt, dies trifft in erster Linie für unsortierte und verschmutze Abfälle zu.“

Mit dem seit Januar geltenden Verpackungsgesetz wurde einiges verbessert, insgesamt aber hat es zu lange gedauert, bis wirkungsvollere Gesetze verabschiedet wurden. „Wir müssen aber auch in Deutschland noch einiges verbessern. Eine effizientere Mülltrennung und verbesserte Verbraucherinformationen helfen sehr viel, vor allem aber müssen wir bei der Abfallwirtschaft nicht vom Ende, sondern vom Anfang her denken. Produkte müssen so hergestellt werden, dass sie einfach wiederzuverwenden und zu recyceln sind. Wenn wir das schaffen, erreichen wir, dass weniger Abfall produziert wird und mehr Produkte wiederverwertet werden.

Bei meinem Impulsvortrag

HAMMER NARREN IN BERLIN

Berlin ist immer eine Reise wert. Doch auch wenn es in der Hauptstadt eine schier unbegrenzte Anzahl von Sehenswürdigkeiten und tollen Veranstaltungen gibt, eines fehlt gerade in den ersten Monaten des Jahres: Der Karneval. Um den Frohsinn ihrer Heimatstadt auch an die Spree und in den Bundestag zu tragen, habe ich die Stadtprinzenpaare von Hamm und Werne nach Berlin eingeladen. Am 11.02.2019 war es dann so weit und das Festkomitee Hammer Karneval hat sich in die Hauptstadt aufgemacht. Das Komitee mit dem Stadtprinzenpaar Anja II. Byk und Martin I. Weber war mit dem gesamten Gefolge in der Stadt. Es gab einen Empfang mit Blick auf das Reichstagsgebäude und den Tiergarten. Im Anschluss ging es einmal durch den Bundestag und über die Glaskuppel. Zu dieser Zeit war das Stadtprinzenpaar wohl die am meisten fotografierte Attraktion im Bundestag. Das Werner Stadtprinzenpaar musste leider aus terminlichen Gründen absagen.

Im Bundestag mit dem Stadtprinzenpaar von Hamm

GALASITZUNG DER BLAUEN FUNKEN

Vielen Dank an das Organisationskomitee der Blauen Funken für die tolle Galasitzung. Ein schöner Abend mit vielen Freundinnen und Freunden der Hamm SPD. Der frisch renovierte Bürgersaal sieht prima aus, bin sehr gespannt die neue Klappbühne mal in Aktion zu sehen.

Tolle Stimmung im Bürgersaal

EIN PATENKIND AUS AMERIKA BEI GASTFAMILIE IN HAMM

Gerne und regelmäßig unterstütze ich das gemeinsame Parlamentarische Partnerschafts-Programm (PPP) des deutschen Bundestags und des Kongresses der Vereinigten Staaten.

In diesem Jahr begleite ich als Pate sogar zwei Schülerinnen aus den USA, die durch das Stipendium ein Jahr bei Gastfamilien hier in Deutschland leben.

Allison Hart ist eine der beiden jungen Frauen und lebt bei einer Gastfamilie in Hamm. Bei einem Treffen in meinem Wahlkreisbüro in Hamm konnten wir uns jetzt persönlich kennenlernen. Eine weitere Besonderheit ist, das auch die Schülerin der Gastfamilie, Saleha Standop, ein Patenkind von mir war und für ein Jahr in den vereinigten Staaten die Schule besucht hat.

Das amerikanische Patenkind Allison Hart kommt diesmal aus Georgia Atlanta und geht hier in Hamm zum Freiherr-vom-Stein-Gymnasium.

Sie spricht sehr gut Deutsch, hat deutsche Vorfahren und Ihr Vater ist Engländer. Sie wird Internationale Betriebswirtschaft studieren und interessiert sich sehr für den Politikbetrieb. In Ihrer Freizeit singt sie sogar in einer Hammer Band.

Ich freue mich sehr, dass Saleha und Allison meiner Einladung folgen und mich im Rahmen der nächsten Berlinfahrt in der Hauptstadt besuchen werden.

Tolle Stimmung im Bürgersaal

KONTAKT & IMPRESSUM

E-Mail: michael.thews@bundestag.de

Web: www.michaelthews.de

Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.)